

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. — Durch Ausdrucker oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.

Verlagspreis: Die gebundene Blattzahl oder deren Raum 0,90 Mk., andernfalls 1,00 Mk.
Kontingents- und Abnahmungspreise: Familienabgabe, Vereins- und Betriebsabgabe, Einzelgen 0,50 Mk.
Reklame: Die Reklamezeile, dreispaltig oder deren Raum, hinter Text 2.- Mk.

Hunger-Demonstrationen im Reiche.

Leuerungsunruhen

haben in Frankfurt a. M., Krefeld, Osnabrück und in anderen Städten stattgefunden.

In Ulm und Ravensberg schossen Reichswehr und Polizei auf die Demonstranten. Es gab Tote und Verwundete.

Der Reichspräsident hat die Absicht, Deutschland wieder mit dem Belagerungszustand zu belegen, da das Volk gegen die Leuerung rebelliert. So regiert Herr Ebert!

Die Regierungsbildung

auf der bereits mehrfach erwähnten Grundlage ist im letzten Moment auf neue, große Hindernisse gestoßen. Die S. P. D. hat — zu ihrer Ehre sei es gesagt — in ihrer Fraktionsitzung am 22. Juni beschlossen, der „Regierung der Mitte“ kein Vertrauensvotum auszustellen, sondern nur Stimmenthaltung zu üben, da sie die „Deutsche Volkspartei“ nicht direkt unterstützen könne. Auch die Stimmepartei selbst ist nicht zufrieden. Sie fühlt sich zurückgesetzt und verlangt Verrückung der Ministerliste zu ihren Gunsten, d. h. zu Gunsten der Konterrevolution. Was nun? Wird sich die S. P. D. beruhigen und schließlich doch das Vertrauensvotum kredenzen? Wird die Basis des Bürgerblocks durch Einbeziehung der „Nationalen“ mit Ministerbeteiligung erweitert werden? Diese Lösung würde der Klärung der Dinge nur nützlich sein. Die Konterrevolution — die Profetariat. Oder wird vielleicht die Dffizierskamarilla, um dem langweiligen Spieß der Regierungsbildung ein Ende zu machen, zur Offensive übergehen, um durch ein Militärdiktatorchen das Problem Deutsche Republik zu lösen? Das Profetariat hat alle Veranlassung — wie es auch komme — auf der Hut zu sein.

Die Arbeiterschaft gegen den 10 prozentigen Lohnabzug.

Die Unmöglichkeit, die Löhne mit den immer mehr steigenden Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen und die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu überbrücken, die Arbeiterschaft, zu dem bevorstehenden Steuerabzug von 10 Prozent Stellung zu nehmen. In Erkenntnis dessen, daß eine Verdiensterhöhung, wie der Steuerabzug, bei den heutigen Kosten der Lebenshaltung eine glatte Unmöglichkeit darstellt, beschloß die Arbeiterschaft Reichsweh, an sämtliche Unternehmer folgende Eingabe zu machen:

Das Kartell der vereinigten Gewerkschaften im Verein mit den gesamten Betriebsräten der Betriebe Reichsweh unterbreiten der Firma folgendes:

Am 25. d. M. soll zum erstenmal der zehnprozentige Steuerabzug vom Lohn erfolgen. Der Aufwand für die gegenwärtige Lebenshaltung hat durch die fortgesetzte Steigerung aller Bedarfsartikel eine derartige Höhe erreicht, daß es als eine Unmöglichkeit bezeichnet werden muß, gerade jetzt den Arbeitern und Angestellten eine derartige Kürzung ihrer Einnahmen, wie sie der Steuerabzug darstellt, zuzuwenden. Aus diesem Grunde sehen wir uns genötigt, der Firma zu erklären,

daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft einen Abzug unter keinen Umständen zulassen kann. Sollte ein solcher doch vorgenommen werden, so kann dies nur auf Kosten der Firma geschehen.

Das Kartell und die Betriebsräte Reichsweh.

Auch in Oberschlesien protestierte die Arbeiterschaft gegen den 10 prozentigen Lohnabzug zu Gunsten der Steuerdrückereigerei der Kapitalisten.

Überall zur Nachahmung dringend empfohlen.

Die Bewaffnung

der Reaktion macht weitere Fortschritte. Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten, die bekunden, daß die Maßnahmen der Konterrevolution unablässig fortschreiten. Das Proletariat darf also nicht aufhören, seine Gegenmaßnahmen zu treffen.

In Pomern

hat der Landarbeiterstreik weitere Ausdehnung und weitere Erfolge erfahren.

Herr Ebert — die Mitglieder und die Instanzen.

Der Vorwärts meint: Eine Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuller hatte beschlossen, das Mitglied Herr Ebert aus dem Verbandsauszuschuß zu wählen. Gegen den Ausschluß protestierte Ebert beim Ausschuß des Verbandes, der ihn wieder in seine alten Mitgliedsrechte einsetzte. Also die Mitglieder werfen ihren früheren Kollegen und jetzigen Präsidenten einer kapitalistischen Republik aus ihrer Organisation hinaus; Herr Ebert, der weiß, daß eine Kränze der andern die Augen nicht ausschaut, läßt zu den Instanzen und siehe, sein Vertrauen ward gerechtfertigt. Die Frage ist nur, ob sich die Mitglieder diese Mißachtung ihres Willens gefallen lassen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin.

Sieg der U. S. P. D.

Stimmen:	
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	611 614
Sozialdemokratische Partei	272 058
Deutsche Volkspartei	282 128
Demokratische Partei	113 143
Deutschnationale Partei	178 012
Zentrum	59 823
Wirtschaftliche Vereinigung	65 511
Sonstige	7 088

Mandate:	
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	88
Sozialdemokratische Partei	38
Deutsche Volkspartei	49
Demokratische Partei	16
Deutschnationale Partei	25
Zentrum	8
Wirtschaftliche Vereinigung	9

Im Groß-Berliner Rathaus bilden also Unabhängige und Rechtssozialisten die Majorität unter Führung unserer Partei.

In Braunschweig

ist jetzt die Regierungsbildung zustande gekommen. Das Kabinett besteht aus den Unabhängigen Dertter, Funke und Siebers und den Rechtssozialisten Antrick und Steinbrecher.

Die erste Sitzung der U. S. P. D.-Fraktion des Reichstags.

Am Montag trat unsere Fraktion im Reichstags zu ihrer ersten Beratung zusammen. In den Vorstand wurden gewählt: die Genossen Henke, Crispian und Ledebour als Vorsitzende, die Genossen Zieg und die Genossen Rosenfeld und Dismann als Beisitzer und der Genosse Brühl als Kassierer.

Nur 100 000 Mann Reichswehr.

Paris. Die Botschafterkonferenz hat die Entscheidung über die Frage der Entwaffnung Deutschlands getroffen. Die Entscheidung entspricht der der internationalen militärischen Komitès. Dagegen amtliche Mitteilung sagt „Temps“ hinzu, daß das deutsche Heer bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann vermindert werden müsse. Sollte dies Heer nicht genügen, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, so würde man zur Schaffung regionaler Polizeitruppen schreiten müssen. Durch die Schaffung der Polizeitruppen (Sicherheitswehr) bleibt die Entwaffnung Deutschlands eine Illusion.

Die Boykottierung Serbisch-Ungarns wird in verstärkter Form fortgeführt. Sowjetrußland und England.

Erfolge Krassins. Auch in außenpolitischer Hinsicht bessert sich die Lage Sowjetrußlands immer mehr. So hat die englische Regierung ihren diplomatischen Vertreter beim Heere des Generals Brangell abberufen und angeordnet, daß ihm keinerlei Unterstützung, weder in Geld noch in Kriegsgeräten, zugesichert werde. Sie läßt durch den Volkskommissar Krassin mitteilen, Wangel habe seinen Feldzug gegen ihren Rat unterlassen, sie müsse daher auch die Verantwortung für dessen Maßnahmen ablehnen. Der russische Außenminister Tschischerin betont in seiner Antwortnote, daß der Angriff Brangells ohne die diplomatische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung Englands undenkbar gewesen wäre. Da aber in dieser Frage eine Einigung nunmehr erreicht sei, möchte die Sowjetregierung wissen, welche Hindernisse der Erhaltung allgemeiner politischer Verhandlungen überhaupt noch im Wege ständen.

Keine Angriffsabsichten Sowjetrußlands.

Tschischerin hat ein Telegramm an die deutsche Regierung geschickt, in dem er böswilligen und tendenziösen Gerüchten über angeblich feindselige Absichten Rußlands gegen über Deutschland entgegentritt. Ein solches Gerücht wäre nicht geplant. Der Krieg gegen Polen sei ein reiner Verteidigungskrieg.

Der Kampf um die Betriebsräte.

Gewürfe zum Aufbau einer Betriebsräteorganisation.

Hefig lobt zurzeit der Kampf zwischen den Gewerkschaftsinstanzen und den Räteorganisationen um die Frage, wer das Recht auf die Führung der Betriebsräte für sich in Anspruch zu nehmen habe und in wessen Händen ihre organisatorische Zusammenfassung liegen soll.

Die größte Bedeutung dieser Entscheidung inne, und der Ausgang des Kampfes wird über die Existenzbedingungen der Betriebsräte eine gewisse Entscheidung fällen. Für heute möchten wir uns darauf beschränken, drei sehr beachtenswerte Einwände zum Ausdruck zu bringen, die von den drei Körperschaften: Betriebsrätezentrale, Berlin, Berliner Gewerkschaftskommission und Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund als Organisationsvorläufe herausgebracht worden sind. Der Gewerkschaftsbund gab seine Kundgebung unter Aufsicht der „Afa“ heraus. Schon heute bemerken wir aber, daß wir auf dem Standpunkt der Betriebsrätezentrale stehen. Wir empfehlen unseren Lesern, diesen Dingen allerhöchste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Red.

1. Der Vorschlag der Betriebsrätezentrale.

Einleitung.

Das Räteystem wird als Organisationsform der sozialistischen Gesellschaft anerkannt. Seine beiden Betätigungsbereiche sind die Betriebsräte und die Rätezentrale.

formen, die politische und die wirtschaftliche, sind bereits vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat mit aller Energie zu erstreben. Diese Notwendigkeit hat der bisherige Verlauf der sozialen Revolution bestätigt.

Die soziale Revolution erfordert die Einsetzung aller Kräfte des Proletariats. Das deutsche Proletariat ist zur Stunde organisatorisch und politisch zerstückelt; es zu einheitlichen und geschlossenen Kampfformationen zusammenzufassen, ist das nächste Ziel. Das Räteystem gewährleistet die Sammlung des Proletariats.

Zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Betätigungsbereiche des Räteystems können die technisch-organisatorischen Bestimmungen des konterrevolutionären Zweckes geschaffenen Betriebsrätegesetzes erfolgreich ausgenutzt werden. Es gilt jetzt, die Betriebsräte aller Organisationen und Parteirichtungen nach Industrie- und Verkehrszweigen zusammenzufassen und unter eine nach den Grundsätzen des Räteystems gewählte Leitung zu bringen. Oberste Instanz dieser Rätevereinigung ist die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks, in der die Betriebsräte

aller Gruppen ihrer Stärke entsprechend vertreten sind. Die Aufgaben und das Tätigkeitsgebiet der Rätevereinigung wird durch die Kämpfe im Verlauf der sozialen Revolution bedingt. Solange die politischen Arbeiterkräfte noch nicht in Funktion getreten sind, übernehmen die Betriebsräte die Durchführung der großen politischen Aktionen, die über den engen Partei- und Gewerkschaftsrahmen hinausgehen und die Wahrnehmung des proletarischen Gesamtinteresses zum Ziele haben. Das macht eine Ergänzung der Leitung der Rätevereinigung durch Vertreter der politischen Parteien und Gewerkschaften, die sich zum proletarischen Klassenkampf bekennen, notwendig.

I. Organisationsaufbau und Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte.

Die Zusammenfassung aller Betriebsräte (Arbeiter- und Angestelltenräte) erfolgt auf der Grundlage der Industriegruppen, wobei nicht der Beruf, sondern der Betrieb für die Zugehörigkeit zur Gruppe ausschlaggebend ist.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte erfolgt durch die Zentrale der Betriebsräte und eventuell die Bezirks-

Aus dem christlichen Ungarn.

Nach Kinder werden von den Offiziersterroristen getötet.

Aus dem schier unerschöpflichen Material über den weißen Terror wollen wir heute einen Fall mitteilen, der durch seine Rohheit und dadurch, daß ein Kinderleben den blutigen Gefellen zum Opfer fiel, wohl zu den empörendsten Taten der tierischen Soldateska zu zählen ist.

In der kleinen Ortschaft Dunaföldvár bestellte der Gemeindevorstand irgend welche Drucksachen in der einzigen Druckerei der Gemeinde. Da die Rechnung nach einiger Zeit nicht beglichen wurde, sendet der Besitzer mit der Rechnung seinen Lehrling namens Schwarz zum Notar und schärft ihm ein, er soll auf der Begleichung der Rechnung bestehen und ohne das Geld nicht zurückzukommen wagen.

Republik Deutschland

Die monarchistische S. P. D.

Am Jahrestag der Revolution, am 8. November 1919, sandte die Reichsregierung an seine „Großherzogliche Hoheit“ den Prinzen Max von Baden das folgende Dankschreiben:

Unschätzlich der Wiederkehr des demütigenden Tages, der dem deutschen Volke die bedeutsame Wendung brachte, sieht sich die Reichsleitung demogen, der treuen Mitarbeit Eurer Großherzoglichen Hoheit in jenen weltgeschichtlichen Stunden zu gedenken.

Schiffe der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen nach folgenden Industriegruppen:

- 1. Landwirtschaft.
2. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei.
3. Stein- und Bauindustrie.
4. Metallindustrie.
5. Chemische Industrie.
6. Bekleidungs- und Textilindustrie.
7. Papierindustrie.
8. Lederindustrie.
9. Holzindustrie.
10. Lebens- und Genussmittelindustrie.
11. Banken und Handel.
12. Verkehr.
13. Staats- und kommunale Behörden und Institute.
14. Freie Berufe.

Die produktive Eigenart des Betriebes oder Berufes entscheidet über die Zugehörigkeit zu einer Haupt- bzw. Untergruppe. Hat ein Betrieb mehrere Produktionsarten, so ist der größte Produktionszweig des Betriebes für die Zuteilung maßgebend.

II. Organe der zusammengefaßten Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks.

a) Generalversammlung. Die zusammengefaßten Betriebsräte (Arbeiter- und Angestelltenräte) wählen die Generalversammlung des Wirtschaftsbezirks. Die Generalversammlung setzt sich aus den Delegierten der Industriegruppen zusammen.

b) Aktionsausschuß. (Zentrale.) Die Generalversammlung wählt aus ihrer Mitte die Leitung der Organisation (Aktionsausschuß). Dieser besteht aus 24 Personen und soll sich mittels Kooperation durch Vertreter der auf dem Boden des Massenkampfes stehenden Gewerkschaften und politischen Parteien auf 48 Mitglieder ergänzen.

Der Aktionsausschuß wählt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß. Die Mitglieder dieses geschäftsführenden Ausschusses werden befohlen. Ihre Wahl bedarf der Bestätigung durch die Generalversammlung.

c) Vollversammlung der Hauptgruppen. Die Betriebsräte (Arbeiter-, Angestelltenräte) einer jeden Industrie- bzw. Verkehrsgruppe bilden die Vollversammlung der Hauptgruppe.

d) Geschäftsführender Ausschuß der Hauptgruppe. Die Vollversammlung einer jeden Hauptgruppe wählt aus ihrer Mitte den geschäftsführenden Ausschuß der Hauptgruppe. Sie entscheidet über die Stärke des Ausschusses und über etwaige Bejoldung einzelner Mitglieder desselben.

e) Untergruppen. Für diejenigen Haupt-Industrie- bzw. Verkehrsgruppen, die infolge ihrer Stärke die Betriebsräte nicht in einer Vollversammlung fassen können, werden Untergruppen mit Untergruppenausschüssen gebildet. Die Wahl aller Organe der Räteorganisation wird nach den Grundätzen der Verhältniswahl vorgenommen.

III. Aufgaben und Tätigkeitsgebiet der Organe der Räteorganisation.

Die Räteorganisation will alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erreichung des Sozialismus erfassen, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Uebernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Ueberleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann selbst zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden.

a) Die Generalversammlung der Räteorganisation nimmt zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung. Sie entscheidet über die Notwendigkeit politischer Aktionen und führt diese Aktionen gemeinsam mit den sozialistischen Parteien und den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften durch.

Die Generalversammlung stellt außerdem einheitliche Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte auf, wie sie auch das Verhältnis der Hauptgruppen zueinander regelt. Die Beschlüsse der Generalversammlung sind bindend für die Räteorganisation.

b) Die Vollversammlung der Hauptgruppen entscheidet über alle Fragen der Hauptgruppen nach den von der Generalversammlung der Räteorganisation aufgestellten allgemeinen Richtlinien. Sie regelt außerdem das Tätigkeitsgebiet der Untergruppen.

Die Organe der Hauptgruppen müssen mit den Leitungen der Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, gemeinsam arbeiten, um einheitliche und geschlossene Aktionen durchzuführen zu können. Soweit reaktionäre Gewerkschaften Schwierigkeiten bereiten, haben die Mitglieder die Pflicht, für die Befreiung der rückständigen Leitungen dieser Gewerkschaften Sorge zu tragen.

Karl Kautsky über die Diktatur des Proletariats einst und jetzt.

1909.

„So sehr Marx und Engels dafür waren, die Differenzen bürgerlicher Parteien zur Förderung proletarischer Zwecke zu benutzen, so sehr sie das Wort von der „reaktionären Masse“ bekämpften, so haben sie doch das Wort von der Diktatur des Proletariats geprägt, das Engels noch 1891 kurz vor seinem Tode, verfaßt, das Wort von der politischen Alleinherrschaft des Proletariats als der einzigen Form, in der es die politische Macht ausüben vermöge.“

1920

findet derselbe Kautsky keine andere Aufgabe mehr, als gegen die Diktatur des Proletariats, gegen die Bolschewisten, die K. P. D. und U. S. P. D. in der heftigsten Weise zu polemisieren. Da er es tut, gehört er nicht mehr in die U. S. P. D., die die Diktatur des Proletariats als einzige Herrschaftsform zur Verwirklichung des Sozialismus erkannt und programmatisch festgelegt hat.

IV. Finanzierung.

Die zur Erfüllung der Aufgaben der Räteorganisation erforderlichen finanziellen Mittel werden durch freiwillige Beiträge der Arbeiter und Angestellten angebracht. Zu diesem Zwecke gibt die Zentrale der Betriebsräte Marken heraus. Ueber die Verwendung der Mittel entscheidet die Generalversammlung.

V. Rätekongreß.

Die Zentrale der Betriebsräte und die Berliner Gewerkschaftskommission bereiten sofort die Einberufung eines Reichs-Rätekongresses der Betriebsräte Deutschlands vor. Alle Delegierte mit Stimmrecht dürfen nur Betriebsräte entsandt werden. Die Rätezentrale, Gewerkschaften und Parteien können eine beschränkte Anzahl Delegierte entsenden, die nur mit beratender Stimme am Kongreß teilnehmen.

Der Reichskongreß der Betriebsräte entscheidet endgültig über die Zusammenfassung der Betriebsräte, ihre Aufgaben und Tätigkeitsgebiet. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland, Deutschland über alles.

(Aus der „Zukunft“ vom 19. Juni, Nummer 33, Herausgeber Maximilian Harden.)

I.

Ein Kapitel deutscher Zerstörungswut im besetzten Frankreich.

Das „Bulletin de l'Association internationale des chemins de fer“ veröffentlicht erst jetzt den folgenden Bericht:

Der neue Präsident der Gesellschaft französischer Zivilingenieure, Herr Edward Guener, hat in der ersten Sitzung nach dem Eintritt seines Amtes über die Zerstörung und Wiederherstellung der Kohlenbahnen in den Departements des Nordens und des Pas-de-Calais gesprochen und, unter Bezugnahme auf die von deutschen Ingenieuren selbst gefertigten Urkunden, gezeigt, daß die Deutschen ihr Zerstörungswort gründlich vorbedacht und alle dazu tauglichen Mittel mit vollkommener Technik angewandt haben.

der Mininggesellschaft von Lens an die Reihe. Von mehr als zwanzig Schächten blieb nicht einer verschont; erst dadurch wird begrifflich, daß ein Gebiet, aus dem alljährlich über vier Millionen Tonnen Kohle gefördert wurden, völlig, bis an den Rand der Erdoberfläche, überschwemmt werden konnte. Methodisch wurde auch über Tag alles durch Dynamit zerstört, jeder Raum, jede Maschine samt den Zylindern, Schieberausgängen, Antriebsrädern; jeder Motorblock wurde am Wellenlager abgehängt und jedes Rahmengerüst in Stücke zerlegt. Sogar Räder mangelnd zu lassen, hätte als Fehler

Wir machen die Genossen auf die Dienstag beginnende Artikelserie von LENIN aufmerksam, betitelt: Werden die Bolschewiki siegen?

gegolten; Dampfessel, Bolzenlöcher, Stempel: alles zertrümmert im Getöse der Granaten und Dynamitexplosionen. Von den qualvollsten Arbeiterhäusern in Lens, von den Tausenden kleiner Häuser in den benachbarten Dörfern und Flecken ist nicht ein Stein auf dem anderen geblieben. Der Oktober 1918 brachte den großen, unübersehbaren Zerstoß unserer Patrie. Alle Schächte der Bergwerke, die Kohlen des Nordens, von der Escarpelle, an der Spitze von Douai, bis in die Zehen von Maing, an der belgischen Grenze, wurden damals zerstört. In Segreben, wo nie eine Kanone geschonert, vor denen die Kampfgruppen sich breiteten bis vierzig Kilometer

ferngelassen hatten, war am 12. Oktober keine Maschine, keine Welle, kein Ventilator unversehrt. Vollkommene Zerstörung. Ein paar Ziffern sollen den Umfang des Vernichtungswertes beleuchten. Auf Jahre hinaus sind 220 Gruben unnutzbar; in den Minen steht eine Wassermenge von 60-80 Kubikmetern; und ums Doppelte oder Dreifache mehr wäre auszupumpen, ehe auch nur die Brechen in der Zimmerung erreichbar werden. Eine Fördermenge von 20 Millionen Tonnen, die in jedem Jahr um mehr als eine Million wuchs und 1920 mindestens 26 Millionen ergeben hätte, ist vernichtet und vor 1920 an Wiederherstellung nicht zu denken. So sieht die Bilanz eines Zerstörungswertes aus, für das der Krieg, der Waffenkampf selbst, kaum verantwortlich zu machen ist.

II.

„Plan“-Wirtschaft.

Sie möchten von „Mißbrauch deutscher Steuergelder“ was hören. Dem Wunsch winkt Erfüllung. Gibt in den Kammern einmal neue Mannschaft (die den Mißbrauch von gestern verflucht, weil er den von morgen erschwert), dann hegele „Entwässerungen“, neben denen die helferischen noch einziger scheinen als schon jetzt dem Auge Randiger. Das letzte Skandalstück ansehnlichen Umfangs war das aus den Beständen des grünen Militärlagers herausfließende. Sie erinnern sich wohl, daß Wilhelms Deutschland ein Riesenheer hatte und daß für jeden Mann dieses Heeres in den Monturkammern je fünf Ärmel, nebst Stiefeln, Leder- und Unterzeug, lagen. Am ersten August 1914 war die ungeheure Schaar, zwischen neun und elf Millionen Mann, plötzlich in neuen, erdharbigen Stoff gekleidet. Was in den Kammern blieb, machte auf lange Jahre hin dem Bedarf der Schutzwehren genügen, die nach der Niederlage aufgestellt wurden. Wo ist? Wo sind die blauen Röcke und Hosen, die Stiefel, Gurt, Helm, Rücken, Ärmel, Mantel, Krawattenknoten, Dragonerkittel, all die Gebirge aus Tuch, Leder, Metall, Plan, Rot, Weiß, Schwarz, Grün, Gelb, Silber, Gold,

Arbeiter, Angestellte! Fordert und erzwingt die 10prozentige Steuerzahlung durch die Arbeitgeber!

fürchten Bemühungen Euer Großherzoglichen Hoheit, dem deutschen Volke nach seiner furchtbaren Niederlage in dem größten Kriege aller Zeiten die Schrecken innerer Umwälzungen zu ersparen. Besonders sei der weltgeschichtlichen Minute gedacht, in welcher Eure Großherzogliche Hoheit im Auftrage Ihres damaligen Kaiserlichen Herrn die politische Gewalt in die Hände der vom Volke ausgewählten Männer legten und damit den Deutschen die größte Erziehungsschule ihrer politischen Geschichte, der Parlamentarismus, das parlamentarische System, gewährleisteten.

Noch ist in weiten Kreisen des Volkes in den fortgesetzten inneren Kämpfen des jetzt verflochtenen Jahres die ganze Bedeutung und der Tragweite der damaligen Entschliessungen Eurer Großherzoglichen Hoheit nicht klar geworden. Verheerung und kleinliche Demagogie haben auch versucht, daß heute noch die ungeheuren Entscheidungen des 8. November 1918 für große Volksteile im Dunkel liegen. Aber auch nach diesen stürmischen Zeiten werden Ruhe und klare Einsicht wiederkehren. Dann wird die Wahrheit sieghaft den Lügenfeiler durchbrechen und aller Welt offenbaren, daß weder Eure Großherzogliche Hoheit noch die von Ihnen in die Regierung berufenen Männer die anschließenden inneren Umwälzungen gewollt oder verursacht haben. Es wird dann allen Gewißheit werden, daß gerade die vom Volke gewählten, bewährten politischen Führer es waren, die in klarer Erkenntnis der rechten Möglichkeiten und der Lehre einer Jahrtausende alten Geschichte in den unvergesslichen Stunden des 8. November im interaktionellen Ausschuss und an anderen Stellen wohl für die Abdankung des damaligen Trägers der Krone und den Kronverzicht des Kronprinzen, aber ebenso energisch für die Beibehaltung der Monarchie und die Regenschaft des kaiserlichen Enkels eingetreten sind usw.

Zum Schluß heißt es:
Zum äußeren Zeichen der Dankbarkeit und Anerkennung für die in jenen Momenten von Eurer Großherzoglichen Hoheit dem Vaterlande geleisteten Dienste hat die Reichsregierung in vertraulicher Sitzung heute vermittags beschlossen, den früher gefassten Bescheid, das Schloss Meinau für Zwecke der Volkswohlfahrt zu enteignen, aufzugeben und diesen herrlichen Stammsitz der Vorfahren Eurer Großherzoglichen Hoheit Ihnen zu ewig inalienbarem Eigentum zu übergeben.

Berlin, den 8. November 1919.
Der Reichspräsident: gen. Ebert.

Im Auftrag der Regierung: gen. Bauer, David.

Ja, ja, die Ebert, Bauer, David sind stramme Republikaner, Arbeiterfreunde und Revolutionäre, nicht wahr? Infame Gesellen! Kennen die S. P. D.-Arbeiter diesen Brief, dieses Schanddokument? Die weiteste Verbreitung in S. P. D.-Kreisen ist dringend erforderlich.

Zusammenschluß der Unternehmerverbände.

Die bürgerliche Presse meldet: Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spitzenverbände für Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben den Zusammenschluß zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände beschlossen. Dem Zentralausschuß werden angehören: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Handabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Reichsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankier-Gewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe. Der Verband bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen. Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Forderung des Hansabundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen und Bezirksausschüssen gleicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung

der bezweckten Ziele auch auf örtlicher Grundlage die erforderlichen Richtlinien erlassen. — Der Zusammenschluß der Unternehmerverbände bezweckt die entschiedene Abwehr aller gegen das Kapital gerichteten Bestrebungen. Die neue Regierung und die bürgerlichen Parteien im Reichstag werden das Sprachrohr und der Legalisator der Forderungen der zusammengeflochtenen Unternehmerverbände sein. Unsozialer ist die Sammlung des Proletariats auf sozialrevolutionärer Basis.

Kapitalistische Wirtschaft.

Kapitalistische Misserfolge.

Die Exportgewinne der Kaliindustrie haben schon seit längerer Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit erweckt und die Enthaltenspolitik der Regierung, die diese Misserfolge nicht abgezapft hat, erregt immer neue Entrüstung, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß die jegige sehr geringfügige Abgabe in absehbarer Zeit aufgehoben werden wird. In der Generalversammlung der Kaligewerkschaft „Glückauf“ Sondershausen schlug der Vorstand vor, außer der Quartalsausbeute von 900 Mt. eine Extraausschüttung von 5000 Mt. pro Tonne vorzunehmen. Für diese kleine Extravergrößerung wird ein Betrag von über 13 Millionen aus dem Reinertrag in Anspruch genommen.

Wie hoch die Ergebnisse bei der Deutschen Erdöl A. G. sind, erfährt man aus den nunmehr veröffentlichten Zahlen des Abschusses. Nachdem das gesamte Rotopfer in Abzug gebracht worden ist, ergibt sich ein Reingewinn von fast 20 Millionen gegen noch nicht 7 im vergangenen Geschäftsjahre. Es wird eine Dividende von 45 % zur Auszahlung gebracht.

Die Neue Baumwollspinnerei und Weberei Hof zahlt 40 % Dividende und stellt in ihrem Prospekt, mit dem sie 3 Millionen Aktien an der Münchener Börse einführt, auch für das Jahr 1920 ein sehr günstiges Ergebnis in Aussicht. Während auf der einen Seite die Einkommen maßlos steigen, schrumpft die Lebensmöglichkeit des überwiegenden Teiles der Bevölkerung infolge der unzulänglichen Entlohnung immer mehr zusammen. Um so nachdrücklicher muß die Forderung einer gerechten Verteilung der gesellschaftlichen Erträge und der planmäßigen Organisation der Produktion von den arbeitenden Schichten des Volkes erhoben und mit aller Energie durch die Revolution verwirklicht werden, wenn wir uns vor einer furchtbaren Verelendung retten wollen.

Die Defizitwirtschaft.

Finanzminister Dr. Wirth erklärte im Reichsrat: Im ordentlichen Budget der Reichseisenbahnen würde sich ein Fehlbetrag von 15 Milliarden Mark ergeben und dazu komme noch der Fehlbetrag der Post. Die Beamten der Länder, die in den Reichsdienst übernommen wurden, verlangten, daß sie in Zukunft nicht nach der Reichsbeihilfungsordnung ihr Gehalt empfangen, sondern als wenn sie noch Beamte der Länder geblieben wären. Außerdem sieht noch der Abschluß eines Lohnvertrages für die Reichseisenbahnen bevor. Das Defizit wird sich dadurch noch erhöhen.

Ohne Ablösung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Planwirtschaft ist an ein Ende des Defizits bei Eisenbahn und Post nicht zu denken.

Die Krise.

Betriebseinschränkungen in der Lausitzer Tuchindustrie.

Die Kamener Tuchindustrie wird von dem allgemeinen Rückgang der Wirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Aufträge gehen nur spärlich ein, so daß in mehreren Betrieben verürzte Arbeitszeit eingeführt worden ist. In anderen Betrieben wird man demnächst zu gleichen Maßnahmen übergehen

müssen. Einzelne Fabrikanten beabsichtigen, ihre Betriebe dadurch aufrecht zu erhalten, daß sie auf Lager arbeiten lassen. Kechnlich liegen die Verhältnisse in der Textilindustrie im vorzigen Bezirk. (Bresl. Ztg.)

Stillelegung der Kreuznacher Kamminindustrie.

Laut „Deutscher Allg. Ztg.“ vom 18. Juni wurde mangels Aufträge die gesamte Kreuznacher Kamminindustrie stillgelegt. Die Arbeitererschaft wird vorläufig im städtischen Barackenbau beschäftigt.

Aus der Provinz.

Die demagogische S. P. D.

Aus dem Waldenburger Revier erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Distriktsversammlungen der Sozialdemokratischen Partei im Kreise Waldenburg wachsen allmählich zum Tumultplaz der gehässigen Ausfälle gegen die U. S. P. und deren Führer aus und immer ist es Redakteur Lufcher von der „Bergwacht“, der den Brand des Hasses schürt. Trotzdem Herr Lufcher äußerlich von dem Resultat der Wahl recht zufrieden zu sein scheint, mag es in seinem Innern wohl anders ausschauen, denn sonst wäre sein Gebaren nicht verständlich. Die Weigerung unserer Genossen in eine Koalitionsregierung einzutreten, ist für Herrn Lufcher Gegenstand, seinen Getreuen dauernd vorzureden, welchen Verrat (?) die U. S. P. an ihren Wählern begeht, trotzdem doch jedes politische Kind weiß, daß eine Koalition mit dem Bürgertum ein Verbrechen am Proletariat ist. Aber es wäre ja so schön, wenn die verlorenen Stimmen im Waldenburger Kreise wieder dahin geleitet würden, wo sie einst waren, deshalb wird eben alles versucht, mehr Einfluß zu gewinnen. Daß man es aber mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt, zeigen die Artikel in der „Bergwacht“, denn ohne sich im geringsten Bedenken zu machen, täuscht dieses Schundblatt seinen Lesern die Geschichte auf, daß in den Tagen vor der Wahl verschiedene Genossen aus Zellhammer und Alt-Bäitz verschwunden gewesen und bis dato noch nicht wieder zum Vorschein gekommen sind. Von der Fingertätigkeit dieser Erzählungen kann sich jeder Leser der „Bergwacht“ selbst überzeugen. Daß verschiedene Genossen in den Tagen, wo eine Putschgefahr bestand, zur Nachtzeit nicht im Hause waren, entspricht nur den Anweisungen aus Waldenburg selbst, auch waren etliche mit der Knarre auf dem Rücken auf den ihnen zugewiesenen Posten. Lufcher nebst seinem Anhang hatte es ja nicht nötig, sein Haus zu verlassen, denn er war es ja, der während des Krieges die Aushaltspolitik betrieb; seinen Kameraden für Zeichnung der Kriegsanleihe den Mund wässrig zu machen suchte und bis jetzt nur gegen links und nicht gegen rechts geschrieben hat. Aus diesem Grunde konnte Herr Lufcher ruhig schlafen. Auch die gewissen Andeutungen über verschiedene Genossen könnte er ruhig unausgesprochen lassen, denn bekanntlich soll derjenige nicht mit Steinen werfen, der selbst im Glashaus sitzt. Wir glauben, uns für heute genug mit der Person Lufchers beschäftigt zu haben, wenn er aber gewillt ist, den gehässigen Kampf gegen uns weiter zu führen, so soll er von jetzt ab auf keine Antwort zu warten brauchen. Wie töricht aber ein solcher Kampf in dieser gewitterschwülen politischen Zeit ist, müßte selbst ein Lufcher einsehen. Unseren Genossen aber rufen wir zu, laßt euch nicht beirren, lest unsere Presse, die „Schleifische Arbeiter-Zeitung“, geht in unsere Versammlungen und Diskussionsabende, wo sie noch nicht sind, ruft sie ins Leben, unterhaltet euch über die Tagesfragen, dann wird jeder Versuch, euch zu beeinflussen, scheitern.

lokales.

Breslau, den 24. Juni.

Achtung! Achtung!

Freitag, den 25. Juni, abends 7 Uhr

Vollversammlung der Arbeiterräte.

Daran anschließend um 8 Uhr:

Vollversammlung aller Betriebsräte Breslaus.

Thema: Die Organisation der Betriebsräte.

Ort: Kasinoaal, Neue Gasse 22.

Pünktliches Erscheinen ist Pflicht! Ohne Ausweis kein Eintritt!

Der Vollzugsrat.

Der Vollzugsrat der politischen Arbeiter

hatte für Montag nachmittag die Arbeiter und Angestellten Breslaus auf den Palaisplatz gerufen und gegen den 10prozentigen Lohnabzug zu Steuerzwecken zu protestieren. Die Genossen Kunik, Firsch, Brandt, Fröhlich und Stenzel machten den zahlreich erschienenen Zuhörern klar, daß das Bürgertum in der kapitalistischen Republik Deutschlands bestrebt ist, die ungeheuren Kriegsschulden auf den Rücken der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. Die Steuertendenz ist ganz und gar abhängig von der ökonomischen und politischen Machtlage im Staate. Der 10prozentige Lohnabzug, der nur die Arbeitnehmer trifft, beweist, daß das kapitalistische Unternehmertum in Deutschland die bestimmende Rolle spielt, wobei die Sozialisten bis jetzt den getreuen Fribolin abgaben. Nur der Sieg der proletarischen Revolution kann eine Aenderung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse herbeiführen; gegen den 10prozentigen Lohnabzug aber muß mit aller Schärfe protestiert und es muß erreicht werden, daß die Unternehmer diese Abgabe zahlen. — Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer in langem Demonstrationszuge unter Abhängen revolutionärer Sieder

Messing, Kupfer, Stahl? Nur Helios vermags zu sagen, der alles Irdische bekennt. Wenn nicht auch er etwa unter die Schieber gegangen ist. Sacht blinkt jetzt ja hier ein hellblauer, dort ein grellroter Rock auf, erblickt Du, Bürger, der an das Schauspiel gewöhnt werden soll, Ulanen, Rathenower und Potsdamer Husaren; und ich sehe, wahrlich, schon den Tag, da ein Offiziergewimmel in alter Pracht, mit sämtlichen Orden des Krieges, der Stappen, Kommandanturen und Heimgelbdenklängel, aufersteht. Der Mächtige selbst aber durfte gewiß sein, daß der hohe Stapel alter Monturen, zu denen noch gewaltige Mengen „Erster Garnitur“ gehören und die man reinigen, färben, umarbeiten konnte, für die militärische Sicherheitswehr, den Kern des Schutzherrcs, ausreichen werde. Weil sie Krieg weder führen soll noch führen kann, braucht ihres Kleides Farbe sich nicht in die des Geländes einzufügen; und daß man nach dem Bankerott sich in kleinere Arbeitsleistung und größere Selbstverwendung entschließen müsse, galt bisher nicht als ein unerschütterliches, von keiner Laune der Relativität zu zerbrechendes Urgeß. Unsere löbliche Regierung sah die Dinge anders. Das preussische Ministerium des Innern behauptet, trotz langwieriger Mühen sei ihm nicht gelungen, für seine Sicherheitswehren anständige Kleidung zu erhalten. Warum nicht die alten Kammerbestände verwendet wurden und was aus ihnen geworden ist, erfahren wir nicht. Als nach der amtlichen Darstellung die Soldaten der Sicherheitswehr „nur noch in Lumpen gingen“ (hat Einer einen dieser Zerlumpten gesehen?), wurde bei der englischen Firma Gelland Tuch bestellt. Das hatte die britische Kattifarbe und wurde in Deutschland (mit großen Kosten und beträchtlichem Stoffverlust durch Einlauf, versteht sich) in mattes Moosgrün umgefärbt. Preis pro Meter, mit Fracht und Versicherungsgelüb, 294 Mark. Gesamtkosten für 700000 Meter: 206 Millionen Mark. Nur für den Kleidstoff. Nur für die Sicherheitswehr; deren Mannschaft heute in Stiefeln, mit Lederzeug, Strümpfen und Jubehör flößt, wie kein Senatspräsident, kein Gelehrter sie einem von seiner Arbeit Ge-

nährten anschaffen könnte. Massenbestand wird nicht genügt oder ist irgendwohin verschoben worden. Niemand fragt danach. Dem deutschen Textilgewerbe geht es längst schon schlecht; es hat Arbeiter entlassen und Fabriken geschlossen. Aber der große Auftrag wird von Staatsbehörden nach England vergeben. Deutschen Fabrikanten, die für graues Tuch einen Meterpreis von 170 Mark fordern, wird gesagt, diese Forderung sei um mindestens 20 Mark zu hoch. Der englische Fabrikant erhält für Khatuch, das erst gefärbt werden muß und das ihm zu Haus wohl lange auf Lager bliebe, 275 Mark. Die Vergebung an deutsche Firmen hätte fast 90 Millionen erspart und der Industrie, also dem arbeitenden Volke, genügt. Das Londoner Haus soll 25 Millionen als Reingewinn gebucht haben. Hat auch in Deutschland irgendwer verdient? In der „Vossischen Zeitung“ stand, in der Verhandlung mit deutschen Tuchlieferanten sei die Einrechnung einer Provision von 10 Prozent (die übliche beträgt allerhöchstens 2) in den Preis gefordert und die Forderung auf die Angabe begründet worden, „daß für die Verteilung der Provision nicht nur die Vermittler in Betracht kämen.“ Wer noch? Die Weitsicht unserer Reichswirtschaftsführer wird eben wieder durch die Tatsache beleuchtet, daß sie von England schleunige Nahrungsmittellieferung ersehen, ohne die Deutschland sich nicht bis über die Ernte hinaus halten könne. Die Bettelreise einer deutschen Mission sollte verschwiegen werden, ist aber durch den in den „Times“ veröffentlichten Bericht an den Tag gekommen. Neue Schwächung der in Spaa zu beziehenden Stellung. Dabei erzählt jeder in Geschäftspraxis Erfahrene, überall sei in Deutschland Nährstoff, sogar Zucker, in Fülle versteckt. Nach „dem Tag“ des Nationalitätenputches strömt das weislich Verborgene ans Licht und für ein paar Wochen wird der deutsche Städter sich in das Land zurückversetzt wöhnen, wo Milch und Honig fließt und die Erinnerung an 100 Gramm Gefrierfleisch pro Kopf und Woche wüster Hölletraum dünkt.

durch die Schweidniger Straße zum Ring. Hier versuchte eine Kette Sicherheitswehrlente den Zug zu springen und eine geschlossene Ansammlung vor dem Rathaus zu verhindern. Die Masse erzwang sich aber ihr Recht, und alsbald konnten von der Wache neben der Rathausstreppe aus die Genossen Hirsch, Brandt und Gierlich noch einmal zu der Masse sprechen, wobei sie auf die Faltung der Sicherheitswehr, als Truppe der Bourgeoisie, Bezug nahmen. Als dann telefonisch herbeigerufene Verstärkung der Sicherheitswehr mit Karabinern und Patronen anrückte, wurde die Versammlung geschlossen. Bekanntlich ist der Belagerungszustand aufgehoben, und dem Volk steht demnach das Recht zur Straßendemonstration ohne weiteres zu. Wir fragen also: Wie kam der Polizeipräsident Ernst, als verantwortlicher Beamter, dazu, die Sicherheitswehr gegen die Demonstranten, die ihr staatsbürgerliches Recht ausübten, aufzumarschieren zu lassen, wie kam er ferner dazu, dasselbe am nächsten Tag früh gegen die Arbeitlosen auf dem Sonnenplatz zu wiederholen? Seine Erklärung in der bürgerlichen Presse, daß wegen Ruhe, Ordnung und Verhinderung eines Sturmes auf das Rathaus der Ring von Demonstrationen unbedingt frei bleiben müsse, ist nicht stichhaltig und kindisch. Niemand denkt daran, — abgesehen von Propagandisten, die der Staat und das Bürgertum auf die Masse hegen und bezahlen — das Rathaus zu stürmen, und weshalb schritt die Sicherheitswehr auf dem Sonnenplatz ein? Will sich der Polizeipräsident und Sozialdemokrat Ernst beim Bürgerblock beliebt machen? Er glaube nicht, daß sich das Breslauer Proletariat durch seine „Grünen“ ins Hochhorn jagen läßt. Es wird dem Vollzugsrat der politischen Arbeiterräte auch zu weiteren Massenaktionen folgen.

Unsere Freitag-Versammlung.

Vergangenen Freitag referierte Genosse Gruschwitz im „Konprinzen“ über das gerade jetzt hochaktuelle Thema: „Warum tritt die U. S. P. nicht in die Regierung ein?“ Der Saal war bis auf das letzte Fleckchen gefüllt. Genosse Gruschwitz bewies treffend, daß die U. S. P. als Todfeind der Bourgeoisie niemals mit ihrer Regierungsgemeinschaft machen kann. Was könnten unabhängige Minister im Kabinett erreichen, wenn sie der geschlossenen Phalanx der übrigen Koalition (S. P. D., Zentrum, Demokraten) gegenüberstünden! Und selbst wenn die U. S. P. und S. P. D. Minister zusammengingen und im Kabinett die Mehrheit gegen die Bürgerlichen hätten, würde sie die bürgerliche Majorität im Parlament stützen. Die unabhängigen Minister würden stets eine Karrenrolle spielen und müßten in allerzürstester Zeit wieder aus dem Kabinett austreten. Die U. S. P. ist die Partei des schärfsten Klassenkampfes, die eins ihrer Prinzipien schöner Ministerposten wegen (wie eine gewisse andere Partei) aufgibt. Was hat die bisherige Koalition für das Proletariat geleistet? Sie hat nur Unglück

über das arbeitende Volk gebracht; das Kapital und den Militarismus gestützt und geschäftigt, das Proletariat ins Elend getrieben. Die jetzige Hege der S. P. D. gegen die U. S. P., weil sie prinzipienfest ist und sich weigert, in die Koalition einzutreten, ist nichts als Demagogie. Genosse Gruschwitz schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, sich nicht von den Lügenparolen der S. P. D. und der „Volksmacht“ betören zu lassen, sondern nachzudenken, dann wird man die Politik der U. S. P. nur anerkennen müssen. — In der Diskussion sprach kein Gegner von rechts, kein S. P. D.-Mann hatte den Mut, dem Referat Gruschwitz Einwände entgegenzustellen. Genosse Fröhlich von der K. P. D. machte in längeren Ausführungen dem rechten Flügel der U. S. P. Vorwürfe, reformistisch und nicht revolutionär zu sein. Genosse Gruschwitz ging in seinem Schlusswort auf die Kritik Fröhlichs ein. Die Freitag-Versammlung hat bewiesen, daß das wirklich klassenbewußte Proletariat die Politik der U. S. P. völlig billigt.

Elternbeiratswahl!

Alle proletarischen Eltern und Vormünder wählen die Listen der U. S. P. D.

In der Diskussion hatte sich, wie gesagt, kein S. P. D.-Mann zum Wort gemeldet. Am nächsten Tag aber erschien prompt in der „Volksmacht“ eine „Rezension“ unserer Versammlung, die von einem streikenden Holzarbeiter O. B. geschrieben sein soll. Ohne auf den Text der „Rezension“, die auf dem üblichen „Volksmacht“-Niveau steht, näher einzugehen, fragen wir: „Weshalb hat der streikende Holzarbeiter O. B., der so schöne Volksmacht-Berichte schreiben kann, nicht als Diskussionsredner seiner Meinung Ausdruck gegeben? Weshalb hat er die so bequeme Waffe des Angriffs in der Zeitung angewandt?“ — Aus Feigheit, aus erbärmlicher Feigheit! Psui Teufel!

Ein Paar Schuhe besohlen 89,85 Mark.

Nachstehende Rechnung wurde uns zur Veröffentlichung übergeben:

Reparaturzettel.	
H. Sandermann, Schuhmachermeister, Hedwigstraße.	
Heute Klasse, hier, Hedwigstraße 6 E.	
1 Paar Herrenstiefeln und -Abzüge 260 gr à 24 Pfg.	62,40 Mk.
Arbeitslohn	5,60 Mk.
Kleine Materialien	1,25 Mk.
	69,25 Mk.
15% Unkostenzuschlag	10,30 Mk.
15% angemessener Gewinn	10,30 Mk.
	Summa 89,85 Mk.

Das Besohlen der Schuhe kostet also nicht weniger als 89,85 Mk. Und da wagen es die Unternehmer mit ihren Schreib- und Rechenkünsten vom Abbau der Löhne zu sprechen!

Die „Schlesische Zeitung“.

Das Organ der hiesigen und schlesischen Arbeiter-Reaktion ist natürlich über die Boykottierung Dorthy-Ungarns durch das internationale Proletariat stark erobert. Sie erklärt selbstverständlich, daß in Ungarn das Christentum nicht zu knapp fehlte und die dortige Regierung — Seelenbrüder der Leute von der „Schlesischen Zeitung“ — aufs beste für Ruhe, Ordnung und sonstige Schönheiten tierischer Reaktion sorgte. Weißen Terror gibt es gar nicht, im übrigen ist der Boykott unerhört und bricht selbstverständlich von Minute zu Minute mehr zusammen. Wir haben keine Lust, mit einem Blatt, das auf dem Niveau Klappes, Dorthys und anderer Gefellen der finsternen Konterrevolution steht, über den weißen Schrecken in Ungarn, über den erfolg des so verflucht notwendigen Boykotts und über die bewußtshafte Unwahrhaftigkeit der „Schlesischen Zeitung“, die z. B. auch einen Eigenwisch der Berliner ungarischen Vertretung über den Fall Ungarn abdruckt, zu debattieren, wir können dem Blatt nur sagen, daß die Verbrechen der Reaktion ihr Ende in der siegreichen sozialen Revolution finden werden und damit auch die „Schlesische Zeitung“.

Der wichtigste Antisemit v. F. Z.

In der Mittwochnummer der „Schlesischen Tagespost“ schreibt der Antisemit und „Volksbeglucker“ v. F. Z. in einem Leitartikel „Antisemitismus und völkischer Gedanke“ u. a.:

Wirklich wichtig und entscheidend ist, daß das deutsche Volk wieder deutsch denken und deutsch empfinden lerne, daß es den Glauben an sich und seine Sendung wiederfinde und daß es sich der Verantwortlichkeit bewußt werde, die es vor sich selbst und vor den kommenden Geschlechtern trägt. Das ist der eigentliche Sinn der völkischen Bewegung. Der Antisemitismus aber ist nur eine Folgeerscheinung. Er ist zweifellos notwendig, denn es ist eine der schwersten Gefahren, die dem Deutschtum vom Judentum droht.

Genossen! Antisemitismus ist übelle Reaktion — siehe Ungarn. Antisemitismus ist völlige Knechtung des Proletariats. Der Antisemitismus kann nur durch die siegreiche soziale Revolution für immer vernichtet werden.

Aus der Geschäftswelt.

Ein der Zeit entsprechendes Unternehmen ist unter dem Namen Möbel-Vollspeicher, Berliner Platz 16, in dem ehemaligen Brauereispeicher am 1. Juni d. J. eröffnet worden. Außer dem Ein- und Verkauf von neuen und gebrauchten Möbeln jeder Art, welche Kinderbemmitten unter Zahlungs-erleichterung abgegeben werden, gewinnt das Unternehmen vor allem insofern an Bedeutung, daß der Unternehmer die großen Speicherräume Flüchtlingen und Privatpersonen, welche keine Wohnung haben, zum Einstellen gegen mäßiges Honorar zur Verfügung stellt.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Kubinski; für die Inserate Fritz Ulbrich; Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, Bismarckstr. 13 in Breslau.

Stadtheater.

Mittwoch 7 Uhr:
Der Wasserschmid.
Donnerstag 7 Uhr:
1. Vorstell. i. Ring-Zyklus
Das Rheingold.
Freitag 6 Uhr:
2. Vorstell. i. Ring-Zyklus
Die Walküre.

Chelio-Theater.

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Hose Bernd.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Thoma-Abend.

Schauspielhaus.

Operntheater. U. S. 2545
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von Athen
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.

Viktoria-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
„Heirate deine Frau“

Figaro-Theater.

Bischofsstraße 4/5
Fernspr. Oble 1769.
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:
Clara Fröhlich und
Gustav Birkholz
Irene Friedel Scholz
Hans von
Bereng, Max Schütz
Charlotte Klein
Mary Probst
Wera Manner
Schwiebele
von Walter W. Götz

Achtung! Wo?

Wohnt man noch und geht
nicht mit ganz Ein-
richtungen an die
und verhältnismäßig?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, nur 1. Etg.

Volkstheater.

7 1/2 Uhr
Täglich
12 Attraktionen
Das große
Juni-Programm
Volkstümliche Preise
1,10 — 6,60 Mk.
Kasseneröffnung 6 Uhr,
Einlass 7 Uhr.
Konzertbeginn 7 1/2 Uhr.
Vortragsreihe
Barasch, Kilián & Co.
Tanzensemble
Kloster, Ewald, Felder
Zirkus, Kilián, Friedrich
Willa, Str. 8, Zirkus-Neubau
11-2 und 6 Uhr abends.

LIEBICH-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen
Operetten-Theaters
Berlin
„Die Dame
vom Zirkus“
Operette von
Kraus und Enckwänder,
Musik von Weinberg.

Zeitgarten.

Dir. Hans Krasnik
im herrl. Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ab 16. 6. 20.
vollständig
neues
Programm!

Altmelodie.

Leute und geht
hörsigen Preis
Otto, Köpckeplatz 8.

Breslau-Tischler.

Poliering Nr. 192
Täglich 7 Uhr
Mittwoch, Sonnabend u.
Sonntag auch 3 Uhr
3 Wochen-Plan
Zirkeln
und die anderen
Clara-Kammer
Herschau u. Proben
täglich 10-11 Uhr
Rauber-Überrung
11-12 Uhr
Verleger Büro Sander

Walhalla-Theater.

Am Weichplatz.
Carola Toebe
Die Tochter des Revolutionärs
als Gebilde des gesunden
Theatergeschehens in der packend-
schönen, tragischen
Die Frau
der Götter
Karlchen macht
Seitensprünge
Fremder Unerschütterlicher
Ehrliche Revolution.

Union-Theater.

Graupensbrasse 3.
Kriegs-Revolution
Das Bild der Frau
Sera Jansen, packend, liebes-
u. leidenschaftliche einer von
Lieben, Eleganz, Bezauberung.
Seelen, die sich
nicht verstanden
Tief ergreifend, tragisch, ohne
unmögliches Eine
frühliche Revolution.

Schöne helle Schlafzimmer.

bestehend:
1 Schrank, 1 Wasch-
kommode mit Platte
und Spiegel, 2 Bett-
stellen mit Patent-
aufstellmatratzen und
Kissen, 2 Nach-
tische mit Platte
Max Giesel
Brüderstr. 23.

Der Bekleidungsstil.

Berliner Platz 16 ist am
1. Juni 1920 eröffnet worden.
Branche, Semler und
Schütz, werden auch beim
Ein- u. Verkauf von Möbeln
jeder Art konstant über ein die
Angehörigen. Verkaufsstelle 3
Berliner Straße 22.

Ammerich hat.

Ammerich hat
den Bauern u. Hand-
lungen, welche im Wohnung
haben in großen, eigenen
Speicherräumen, Eigenen
und Kellern, Zeitungen
gekauft. Telefon Ring 7942.

Kranke.

Herunter-, Haut- und Ge-
sundheitsschwäche behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von zuge-
hörteten Patienten.
Heilmittler Fr. Joschke,
Palmerstr. 22, II. Tel. Oble 1921.
9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

Uhren.

kauft od. repariert
Fritz, Parkstr. 6
Gummivarren
Schlitz, Schmalzer,
Spillner, Zappalari,
Danzwiese
H. Klose,
Breslau I, Bismarckstr. 7,
2. Stock von Ring.

Kabarett KAKADU.

Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengzik.
Wochentags: Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt.: Anf. 6 Uhr.
Das glänzende Juni-Programm.

Möbel.

Speisezimmer, Herrenzimmer,
:: Schlafzimmer, Küche ::
Größte Auswahl
Julius Ollendorff & Co.,
Albrechtstr. 14.

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen.

der Stadt Breslau n. b. U.
Einfache Möbel
nach künstlerischen Entwürfen zu zeit-
gemäß billigen Preisen gegen bar
oder erleichterte Zahlungsweise ::
Albrechtstrasse Nr. 39
Eingang Altbückerstr., I. Stock

Billige Raucherwoche.

Um meine Fabrikate einzuführen, gebe ich
in der Woche vom 21.-26. Juni bei Einkauf
von 10 Zigarren oder 10 Zigaretten
oder 10 Pack Tabak, die bzw. das 11.
in der Fabrikverkaufsstelle
Bismarckstraße 13
gratis.
Zigarren-Fabrik F. W. Radler.

Lumpen-Park.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Kubinski; für die Inserate Fritz Ulbrich; Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, Bismarckstr. 13 in Breslau.

Veranstaltungskalender der U. S. P. D.

Breslau.
Donnerstag
den 24. Juni 1920 abends 7 1/2 Uhr:
Distrikt 2
= 4
= 5
= 6
= 7a
= 8
= 10
= 13
Beize Ohle (Kafetiere)
Gethornstr. 21 (Abendung) 7 Uhr,
Klosterstr. 85 (Gottlieb)
Schmiedestr. 96 (Brüger)
Gräbnerstr. 259 (Sauer)
Reudorferstr. 84 (Wempe)
Föpelstr. 31 (Kühl)
Matthiasstr. Ecke Adlerstr.
Freitag
den 25. Juni abends 7 1/2 Uhr:
Distrikt 1
= 3a
= 7
= 9
Ballstr. (Polizeistation)
Königsplatz 16 (Konekta)
Klosterstr. 16
Königsplatz 12/14 (Scholz)
In allen Veranstaltungen erscheinen Referenten
Tagesordnung:
Der Ausschuß unserer Genossenschaft und
unserer Presse.
Im Etablissement „Erholung“ Weißhofs
veranstaltet der
Distrikt 6
am Sonnabend, den 26. Juni 1920, einen
Sommernachtsball
verbunden mit großer Verlosung wertvoller Gegenstände.
Wir ersuchen unsere Genossen, den Distrikt 6 bei seiner
Veranstaltung nach Möglichkeit zu unterstützen, indem
Sie sich an dem Sommernachtsball beteiligen.
Sonntag, den 26. Juni, abends 6 Uhr,
findet im Facketotale der U. S. P. D., Nikolai-
straße 49/50, eine
Jugend-Versammlung
statt. Alle Jugendlichen sind dazu herzlich eingeladen.
Jugendgruppe der U. S. P. D.
Schneider-Verband.
Die Versammlung der Betriebsräte und Ob-
leute findet am Donnerstag, den 24. Juni, abends
6 Uhr, pünktlich im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6,
statt.
Verband der Schneider, Schneiderinnen und
Wäscharbeiter Deutschlands, Filiale Breslau.